

# monitor 92 Oktober 2021

Rundbrief des apabiz e.V.



## Völkisch verwachsen

Der Zustand der Berliner AfD

Das Ergebnis war überraschenderweise noch schlechter als erwartet. Lediglich knapp 8 Prozent erzielte die Berliner AfD bei den teils turbulenten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus (AGH) und den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV). Nur wenige Beobachter\*innen, noch weniger wohl aber die eigenen Anhänger\*innen, hatten damit gerechnet, dass die extrem rechte Partei in der Hauptstadt derart schlecht abschneiden und sich ihr vorheriges Wahlergebnis nahezu halbieren würde. Gestärkt daraus hervor geht das völkisch-nationalistische Spektrum der Partei.

Von Frank Metzger

ür Kristin Brinker als Spitzenkandidatin und Landesvorsitzende ist die Wahlniederlage ein Schlag ins Kontor. Im Vorfeld der Wahl hatte sie sich bemüht, den zerstrittenen Laden zusammenzuhalten. Das dürfte mit diesem desolaten Ergebnis nun zunehmend schwieriger werden, hatte sie doch einen ohnehin kühnen Spagat gewagt. Nach außen versuchte sie getreu dem nichts sagenden Wahlkampfmotto »Berlin. Aber normal« ein vermeintlich gemäßigtes Bild zu vermitteln. Nach innen aber hatte sie eben jene Vertreter\*innen des völkisch-nationalistischen Spektrums, die dieses Bild verzerrten, integriert und sich von diesen bei ihrer Wahl zur Landesvorsitzenden im März 2021 stützen lassen. Im Juli 2021 sagte Brinker in einem Interview mit dem Tagesspiegel im Hinblick auf eine mögliche Be-

obachtung durch den Verfassungsschutz, ihrer Meinung nach gäbe es »keinen Grund, die AfD zu beobachten«.¹

#### Keine Distanz

Im genannten Interview aber hatte Brinker offen zu Protokoll gegeben, Sympathisant\*innen des »Flügels« nicht etwa auszugrenzen, sondern »mit ins Boot« holen zu wollen. Die sich widersprechenden Aussagen der neuen Vorsitzenden illustrieren die Kluft zwischen dem im Bundesvergleich vermeintlich gemäßigten Image der Berliner AfD und den tatsächlichen Vorgängen auf Landes- und Bezirksebene. Im Zuge einer Open-Source-Recherche haben wir eine Studie zum Per-

sonenpotential des völkisch-nationalistischen Spektrums und insbesondere des formell aufgelösten »Flügels« innerhalb der Berliner AfD erstellen lassen. Ziel war es herauszufinden, wie viele Personen aus diesem Spektrum entscheidende Positionen in der Berliner AfD bekleiden und wie deren Einfluss innerhalb des Landesverbands einzuschätzen ist (zur Methodik siehe Kasten).

Allein die Zusammensetzung des im März 2021 neu gewählten Landesvostands, der nunmehr zu über einem Drittel aus entsprechend zu verortenden Mitgliedern besteht, zeigt mehr als deutlich die strukturelle Einbindung des völkisch-nationalistischen Spektrums. Dieses wird sich durch den Ausgang der Wahlen auf Bundes- wie

auf Landesebene bestätigt sehen und möglicherweise künftig noch offensiver auftreten. In Thüringen wurde unter Führung des Faschisten Björn Höcke und in Sachsen mit einem ebenfalls klar exrem rechten Landesverband die AfD bei der Bundestagswahl jeweils stärkste Partei. Doch es braucht gar nicht den Verweis über die Stadtgrenzen

hinaus. Auch in Berlin haben die radikalen Kräfte die größten Erfolge eingefahren und ihre dominante Position im Landesverband unter Beweis gestellt.

Im AGH wird die AfD künftig mit nunmehr 13 statt bisher 24 Abgeordneten (22 in der Fraktion plus zwei Fraktionslose) vertreten sein. Auch in den BVVen ist das Personal von 97 auf nur noch 58 Mandate deutlich geschrumpft. Anspruch auf je einen Stadtratsposten hat die AfD in noch vier Bezirken (bisher waren es sieben). In

allen Berliner Bezirken hat die AfD teils sehr deutlich an Wähler\*innenstimmen eingebüßt. Es gab nur wenige Ausnahmen. Mit einem nahezu ungebrochen hohen Zuspruch wurden Jeanette Auricht mit 22,0% und Gunnar Lindemann mit 22,6% in ihren Wahlkreisen in Marzahn gewählt. Sie gewannen die einzigen AfD-Direktmandate für das AGH, während die Partei bei den letzten Wahlen 2016 noch fünf erreicht hatte. Auricht gelang dies erstmalig, Lindemann konnte als Einziger sein Direktmandat verteidigen. Beide sitzen zudem im Landesvorstand und sind dem völkischnationalistischen Spektrum zuzuordnen. Auricht war neben Thorsten Weiß in der Vergangenheit gar als Obfrau für den Berliner Ableger des mittlerweile aufgelösten

66 Sollte Brinker also einmal vertreten werden müssen, würden die Geschicke sowohl des Landesverbands als auch der Fraktion der AfD im Landesparlament maßgeblich von ehemaligen Obleuten des aufgelösten »Flügels« bestimmt. 99

»Flügels« aufgetreten. Auch Weiß konnte über die Landesliste erneut ins AGH einziehen und wurde jüngst zu einem der stellvertretenden Sprecher der AfD-Fraktion im AGH gewählt, deren Vorsitzende Kristin Brinker sein wird.² Sollte Brinker also einmal vertreten werden müssen, würden die Geschicke sowohl des Landesverbands als auch der Fraktion der AfD im Landesparlament maßgeblich von ehemaligen Obleuten des aufgelösten »Flügels« bestimmt. Die Entscheidung hat die innerparteilichen

Richtungskämpfe unlängst wieder angeheizt, nachdem diese im Wahlkampf kaschiert worden waren. Laut Tagesspiegel kursiert ein parteiinternes Statement, in dem der Vorwurf formuliert sei, »Brinker habe die Fraktion den radikalen Kräften um Thorsten Weiß [...] ausgeliefert und führe sie auf den >thüringischen Höcke Weg««.³ Im Wahlkampf hatte sich Brinker zudem auffallend oft mit Thorsten Weiß gezeigt. Nach unseren Recherchen ist wie schon in der alten auch in der neuen AGH-Fraktion etwa ein Drittel dem völkischnationalistischen Spektrum zuzuordnen.

#### Regionale Schwerpunkte

Schon vor der Wahl hatte unsere Studie

gezeigt, dass die personelle Einflussnahme des völkischnationalistischen Spektrums in der Berliner AfD nicht flächendeckend ist und es bezirkliche Schwerpunkte gibt. Die AfD Marzahn-Hellersdorf sticht als einer der Schwerpunkte deutlich hervor. Daneben sind vor allem die beiden Westberliner Bezirksverbände Steglitz-Zehlendorf und Rei-

nickendorf auffällig.

Der Einfluss des Bezirksverbandes Marzahn-Hellersdorf auf den Landesverband kann als Barometer für den Einfluss des völkisch-nationalistischen Spektrums betrachtet werden. Am 13. und 14. März 2021 wurden mit Jeanette Auricht (stellvertretende Vorsitzende), Gunnar Lindemann (Beisitz) und Vadim Derksen (Beisitz) drei Mitglieder aus dem Bezirk in den Landesvorstand gewählt. Derksen ist außerdem Landesvorsitzender der Jungen Alternative (JA) Berlin. Bereits 2017 hatte der Bezirksverband zu einer Vorwahl-Veranstaltung mit Björn Höcke geladen und auch in der Folgezeit seine Positionen favorisiert. Für Andreas Kalbitz wurde im Namen des Verbands eine Solidaritätsbekundung veröffentlicht und sich gegen seinen Parteiausschluss positioniert. Momentan kann eine Dominanz des Bezirksverbands durch Personen aus dem völkischnationalistischen Spektrum konstatiert werden. Fast alle Vorstands- sowie über die

#### Methodik

Ausgangspunkt für unsere Recherche war ein im Januar 2021 geleakter Email-Verteiler des ehemaligen »Berliner Flügels«. Eine dortige Nennung ist allenfalls ein Indiz. Die Wahrscheinlichkeit einer Aktivität im völkisch-nationalistischen Spektrum verdichtet sich aber, wenn die dort gelisteten Personen an entsprechenden Treffen und Veranstaltungen teilnahmen, prominente »Flügel«-Vertreter\*innen unterstützten, positiv mit ihnen interagierten oder anderweitig ihre Sympathien ausdrückten. Nehmen besagte Akteur\*innen Spitzenpositionen in den Parteistrukturen ein, erhöht dies die Möglichkeit einer strukturellen wie inhaltlichen Einflussnahme.



Hälfte von aktuell acht (ursprünglich 15) BVV-Mitgliedern ordnen wir diesem Spektrum zu. Im Bezirksverband betrifft dies mindestens 20 Personen und nahezu alle Direktkandidat\*innen für die AGH-Wahl. Bei den Listenplätzen für die BVV-Wahl war es nach unserer Recherche etwa ein Drittel der 26 Kandidierenden. Wie die neue BVV-Fraktion zusammengesetzt sein wird, ist momentan noch nicht sicher.

In Steglitz-Zehlendorf ist vor allem Andreas Wild zu nennen, der parteiintern umstritten ist, nicht zuletzt aufgrund seines aktivistischen Potentials von vielen aber geschätzt wird. Gegen ihn läuft zwar ein Parteiausschlussverfahren und er war vor geraumer Zeit aus der AfD-Fraktion im AGH ausgeschlossen worden. Er sitzt aber weiterhin neben dem Bezirksvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Gottfried Curio, der sich mit rassistischen und sexistischen Parlamentsreden hervorgetan hat, im Bezirksvorstand und war abermals als Direktkandidat für die AGH-Wahl aufgestellt worden. Wild hat sich neben anderen Mitgliedern seines Bezirksverbandes offen zum »Flügel« bekannt. Außerdem gehören knapp die Hälfte der insgesamt sieben Kandidierenden für das AGH zum völkischnationalistischen Spektrum.

Bei der AfD Reinickendorf ist mindestens eine von sechs Personen aus dem Bezirksvorstand dem völkisch-nationalistischen Spektrum zuzuordnen. Thorsten Weiß bekleidet zwar kein Amt, verfügt aber weiterhin über gute Kontakte in seinen Bezirksverband. Mit Sebastian Maack wurde zudem auf Listenplatz 1 eine Person in die örtliche BVV gewählt, die sich in der Vergangenheit klar zum ehemaligen »Flügel« bekannt hatte. Er wird seinen bisherigen Posten als Stadtrat jedoch nicht weiter innehaben. Wie die örtliche BVV-Fraktion künftig zusammensetzen wird, ist auch hier noch nicht sicher.

#### Völkische Juaend

Die vom Verfassungsschutz beobachtete Parteijugend der AfD verfügt auch in Berlin über enge Kontakte zum völkischnationalistischen Spektrum und dem ehemaligen »Flügel« sowie der außerparlamentarischen extremen Rechten, wie bei-



spielsweise der Identitären Bewegung, dem burschenschaftlichen Milieu und dem Institut für Staatspolitik. Die ehemaligen Vorsitzenden Thorsten Weiß und David Eckert haben sich offensiv zum ehemaligen »Flügel« bekannt. Auch Vadim Derksen als aktueller Vorsitzender der JA Berlin sowie drei weitere der insgesamt fünf Vorstandsmitglieder haben in der Vergangenheit ihre Nähe zum völkisch-nationalistischen Spektrum deutlich demonstriert. Auch ihr Einfluss auf den eigenen Landesverband wächst: Mindestens vier dieser Protagonist\*innen haben dieses Jahr für Ämter im Landesvorstand sowie die AGH- und BVV- Wahlen kandidiert. JA-Vorstandsmitglied Martin Kohler, der auch schon die JA Brandenburg mit aufgebaut hatte, ist der Einzug in die BVV Charlottenburg-Wilmersdorf gelungen. Kirstin Brinker war im Wahlkampf um ein gutes Verhältnis zum völkisch-nationalistischen Parteinachwuchs bemüht.

#### Verstetigung der Verhältnisse

Die personelle Situation zeigt, dass das völkisch-nationalistische Spektrum in der Berliner AfD trotz öffentlicher Distanzierungsversuche sowohl im Landesvorstand und der AGH-Fraktion als auch in einigen Bezirksverbänden sowie der JA starken Einfluss hat oder gar tonangebend ist. Es ist sehr auffällig, dass verhältnismäßig viele parteipolitische Ämter und lokale Mandate von entsprechenden Personen bekleidet werden. Unabhängig davon, ob sich Mitglieder und Nutznießer\*innen des völkisch-nationalistischen Spektrums und des Netzwerks des ehemaligen »Flügels« innerhalb der Berliner AfD öffentlich zu ihren Verbindungen bekennen, bleibt der Landesverband auf das aktivistische Potential und die Loyalität seiner radikalsten Anhänger\*innen angewiesen. Diese haben ihren Einfluss zuletzt verstetigen oder sogar ausbauen können. Das Beispiel des Berliner Landesverbandes zeigt, dass sich das offen völkische Netzwerk nicht von dem vorgeblich »moderaten« Teil der Partei trennen lässt.

- 1 Betschka, Julius und Robert Kiesel: "Ich sehe keine Neonazis in der Berliner AfD". AfD-Chefin Kristin Brinker im Interview (Tagesspiegel-Online vom 05.07.2021), in: www.tagesspiegel.de/berlin/afd-chefin-kristin-brinker-iminterview-ich-sehe-keine-neonazis-in-der-berliner-afd/27391306.html (letzter Zugriff: 11.10.2021)
- 2 Vgl. dpa: Brinker zur AfD-Fraktionsvorsitzenden gewählt (Morgenpost-Online vom 29.09.2021): www. morgenpost.de/berlin/article233458435/Brinker-zur-AfD-Fraktionsvorsitzenden-gewaehlt.html (letzter Zugriff: 11.10.2021)
- **3** Vgl. Kiesel, Robert: Weiter heftiger Streit in Berliner AfD-Fraktion (Tagesspiegel-Online vom 02.10.2021), in: www.tagesspiegel.de/berlin/kettenhund-und-vollstrecker-weiter-heftiger-streit-in-berliner-afd-fraktion/27671346. html (letzter Zugriff: 11.10.2021)





## Ein Blick in den monitor

Wer die vor zwanzig Jahren erschienene Erstausgabe des »monitors« heute noch einmal aufmerksam liest, wird vor allem über eine Textstelle stolpern. Dort ist von »drei gesuchten Bombenbastlern aus Jena« die Rede. Was wir zu dieser Zeit nicht wussten: Diese nannten sich »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) und hatten bis Ende August 2001 bereits vier Menschen ermordet und zwei Sprengstoffanschläge verübt.

Von Kilian Behrens

er Aufmacher der ersten »monitor«-Ausgabe widmet sich rechten V-Leuten. Die Zusammenfassung der damals wie heute skandalösen Praxis des Verfassungsschutzes, Nazispitzel als »Quellen« zu führen, ist noch immer lesenswert. Rückblickend fällt eine Textstelle besonders ins Auge: Darin verdeutlichen die Autoren die Gefahr, die von Neonazis ausgeht, und zeigen, wie problematisch und wenig zielführend der Einsatz von V-Leuten ist. Sie schreiben: »Ähnlich verhält es sich im Fall Tino Brandt: Obwohl der V-Mann die zentrale Figur des Thüringer Heimatschutzes war, konnten drei gesuchte Bombenbastler aus Jena – alle Mitglieder des THS – 1997 [Anm. d. Autors: Fehler im Original, es muss 1998 heißen] abtauchen und sind bis heute verschwunden.«

Was wir zu dieser Zeit nicht wussten: Die »Bombenbastler aus Jena« – gemeint sind Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt – nannten sich »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) und hatten bis Ende August 2001 bereits Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoru, Süleyman Taşköprü und Habil Kılıç ermordert und zwei Sprengstoffanschläge verübt.

Doch auch wir im apabiz verloren diese Spur aus den Augen und erfuhren erst zehn Jahre später im November 2011, wer hinter diesen Morden steckte. Bis dahin hatte der NSU außerdem Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter ermordet und einen weiteren Bombenanschlag verübt.

Wir mussten lernen, dass das Wissen um die Organisationsstrukturen, die Ideologie der Nazis und die Kritik an Behördenhandeln zwar ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit ist, aber dort nicht enden darf. Denn schon 2006 hatten die Angehörigen von Halit Yozgat, Enver Şimşek und Mehmet Kubaşık bei Demonstrationen in Kassel und Dortmund gefordert, dass es kein zehntes Opfer geben dürfe. Die Angehörigen der Opfer benannten ein mögliches rassistisches Motiv der Morde. Gehört haben wir sie damals nicht.

So gut informiert und in Teilen auch weitsichtig der Artikel von 2001 ist, so weit entfernt waren wir davon, aus diesem Wissen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Die im Text vorgestellten V-Männer Tino Brandt und Carsten Szczepanski tauchten später an prominenter Stelle im NSU-Komplex wieder auf. Vor allem Brandt prahlte wiederholt und auch nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 damit, seine V-Mann-Honorare in Nazistrukturen reinvestiert und damit etwa den »Thüringer Heimatschutz« aufgebaut zu haben.

Der Artikel formuliert seine Kritik am Verfassungsschutz entsprechend deutlich und kommt bereits damals zu dem Schluss:

**8** 

»Obwohl die extreme Rechte seit Jahrzehnten von Informanten des Verfassungsschutzes durchsetzt ist, wuchs die Szene kontinuierlich an. Die Ursachen hierfür sind klar zu benennen:

- die politikwissenschaftlich unhaltbare >Extremismustheorie<, die durch die Verbannung der entscheidenden Ideologieelemente der extremen Rechten an den Rand der Gesellschaft eine wirkungsvollen Auseinandersetzung mit diesen verhindert, diffamiert damit gleichzeitig auch antifaschistische Aktivitäten
- die Verfassungsschutzämter unterliegen einer parteipolitischen Instrumentalisierung und es fehlt gänzlich an schlüssigen Konzepten bei der Bekämpfung der extremen Rechten
- die Schlapphüte legitimieren die eigene Arbeit durch Duldung, Förderung und Finanzierung neonazistischer Strukturarbeit
- als quasi in die Gesellschaft vorgelagerter Staatsschutz klären die Ämter damit über Strukturen auf, an deren Aufbau sie selbst beteiligt waren und beanspruchen die Definitionshoheit über das Thema Rechtsextremismus
- All dies sind Gründe, weswegen der Verfassungsschutz als Institution, als Stichwortgeber für Diskussionen um die extreme Rechte in der Gesellschaft und als pädagogische Instanz grundlegend abzulehnen ist und keinerlei Legitimation hat.«

So weit, so klar. Im Fall von Brandt ließe sich aus heutiger Sicht noch ergänzen, dass dieser durchaus Informationen über den Aufenthalt des NSU an den VS weitergab. Zur Ergreifung der Neonazis und damit zur möglichen Verhinderung weiterer Morde führte dies nicht.

Doch welche Schlüsse ziehen wir als Projekt aus dem, was wir seither über rechten Terror, behördlichen Rassismus, rechte Netzwerke bei Polizei und Bundeswehr sowie über Verfassungsschutzämter, die die Aufklärung weiter behindern, gelernt haben? Und was lernen wir aus eigenen Fehlern sowie aus den Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt? In der »monitor«-Ausgabe Nr. 62 (Dezember 2013) schrieb das apabiz in einem der eher seltenen als Gesamtproiekt unterzeichneten Artikel:

»Der NSU war und ist eine Zäsur in der Geschichte des Rassismus nach 1945 in Deutschland. Bei den schockierenden Erkenntnissen, die wir aus seiner bloßen Existenz, der dahinter stehenden Ideologie und seiner vermuteten Arbeitsweise, aber auch aus dem Umgang damit in Behörden, Presse und Gesellschaft ziehen müssen, verbietet sich ein einfaches >weiter wie bisher«. Für unser Projekt stellen sich >zwei Jahre später im wesentlichen zwei Fragen: müssen wir aufgrund der neuen Fakten die Geschichte der bundesdeutschen Nazi-Szene der letzten 30 Jahre in wesentlichen Teilen revidieren? Und: wie müssen wir angesichts der offenbaren Tatsachen über gesellschaftlichen und behördlichen Rassismus unsere eigene Arbeit verändern?«

Diese Fragen beschäftigen uns bis heute. Der NSU-Komplex ist weiterhin nicht vollständig aufgeklärt. Einen Schlussstrich darf es nicht geben. •

Anlässlich von 30 Jahren apabiz, stellen wir 2021 regelmäßig besondere Fundstücke aus unserem Bestand vor. Mehr dazu unter: apabiz.de.





## Radikalisierter Konservatismus

Eine Analyse
Natascha Strobl
edition suhrkamp
SV

Natascha Strobl: Radikalisierter Konservatismus. Eine Analyse. Suhrkamp Verlag 2021, 192 Seiten, 16 Euro.

it ihrem jüngsten Buch legt die österreichische Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl eine hilfreiche Analyse rechter Volksparteien vor. Sie trifft damit den Nerv auch der aktuellen Entwicklungen in Deutschland.

Strobls Buch zum Konservatismus ist bereits einen Monat nach Ersterscheinung ein Bestseller. Bis hin zum Handelsblatt wurde ihr Buch überwiegend positiv aufgenommen und empfohlen. Dabei ist der Stoff keiner, aus dem Bestseller gemacht werden. Die Österreicherin widmet sich den Entwicklungen in rechten, konservativen Volksparteien hin zu einer erneuerten, radikalisierten Variante ihrer selbst. Ihre Analyse dieser Hinwendung zu vermehrt anti-demokratischen, populistischen Methoden hatte Strobl in der Vergangenheit immer wieder in den Medien dargestellt, Sie ist dadurch zu einer der meist gefragten Wissenschaftler\*innen zum Thema im deutschsprachigen Raum geworden.

## »Rohe Bürgerlichkeit«

## Analyse für die täglichen News

Von Ulli Jentsch

#### Erosion des Konservatismus

In ihrem Buch kulminieren ihre Beobachtungen der vergangenen Jahre auf 150 Seiten (plus Anmerkungen und Quellenapparat). Strobl schöpft aus ihrem profunden Wissen über die Entwicklung der Republikanischen Partei in den USA unter Donald Trump sowie die als »Erneuerung« verkaufte Rekonstruktion der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) unter Sebastian Kurz. Sie versteht die Entwicklungen als »Erosionsprozess innerhalb des konservativen Milieus« unter dem Druck der erstarkenden »Neuen Rechten«. Daraufhin radikalisierte sich laut Strobl ein Teil und »popularisierte sukzessive Positionen, die zuvor nur in der extremen Rechten zu hören waren.«

Die Autorin liefert zunächst einen komprimierten Überblick über die extreme Rechte, um Faschismus und Konservatismus in ihren Unterschieden, aber auch in ihren Gemeinsamkeiten zu erklären. Für ihre Untersuchung wesentlich sei der Übergangsbereich: »Das Mischspektrum zwischen Faschismus und Konservatismus (...) bedarf einer näheren Betrachtung, da beide hier aktiv zusammenkommen.« Und zwar tun sie dies nach Strobls Auffassung in der »Neuen Rechten«, die sie ausgehend von der französischen Nouvelle Droite und deren »Gramscianismus von rechts (der Gramsci unrecht tut)« versteht.

Werde unter dem Druck der gesellschaftlichen Veränderungen nun im konservativen Milieu zudem eine zunehmend »rohe Bürgerlichkeit« gepflegt (wie sie Wilhelm Heitmeyer exemplarisch für die »deutschen Zustände« beschreibt), bewege sich dieses auf den »offenen Rechtsextremismus« zu. Diese Transformation versteht Strobl als »radikalisierten Konservatismus«. Dieser kündige beispielsweise – »demonstrativ und performativ« – den

ohnehin schon prekären Nachkriegskonsens mit der Sozialdemokratie auf, wie es Sebastian Kurz in Österreich getan habe.

#### Regelbruch und Parallelwelten

Strobl analysiert ihren Gegenstand anschließend in sechs Schritten, vom bewussten Regelbruch und der Polarisierung gegenüber »den Anderen«, dem neuen Führungsstil (»Ich, Ich, Ich«) und dem Angriff auf die Institutionen bis hin zur medialen Dauer-Inszenierung und Fake News. Der Autorin gelingt es in ihrem essayistischen Text unter Hinzuziehung vieler Beispiele, den Lesenden mehr Antworten als Fragen zu liefern.

Unwillkürlich drängt sich beim Lesen immer wieder die Frage auf: »Und was ist mit der deutschen Politik?« Eine Ausweitung der Analyse auf die bundesdeutschen Verhältnisse wäre wünschenswert. Dafür bietet sich die Performance der Unionsparteien und ihrer rechten Ränder während des Wahlkampfes und nach dem (verweigerten) Verlust der politischen Macht geradezu an. In diesem Sinne lässt sich Strobls Buch auch als »Textbook« zu den Entwicklungen bei CDU und CSU lesen, wie sie selbst kommentierte.

Umgekehrt wird in diesen Tagen – Anfang Oktober – Sebastian Kurz mit seinem zweifelhaften Erneuerer-Mythos als Leitfigur für eine Erholung des Konservatismus in Deutschland durch einzelne CDU-Politiker\*innen genannt, während dieser im Fokus von Betrugsermittlungen steht und die Zentrale seiner ÖVP durchsucht wurde. Das macht deutlich, wie wichtig Strobls Analyse aktuell für alle ist, die sich mit dem populistischen Elend der Konservativen auseinandersetzen müssen.



#### Unbekannte zerstören Bücher

Berlin • Unbekannte zerstörten in den vergangenen Monaten wiederholt Bücher in der Bezirkszentralbibliothek Tempelhof-Schöneberg. Gezielt wurden Seiten aus den Veröffentlichungen geschnitten. Die Themen der betroffenen Werke lassen ein rechtes Tatmotiv vermuten. Die Bände befassen sich kritisch mit der extremen Rechten oder widmeten sich linker Theorie. Erstmals hatte das Haus im August auf entsprechende Vorfälle aufmerksam gemacht. Mitte September fanden Mitarbeiter\*innen erneut zerstörte Bücher. Die Bibliothekar\*innen reagieren offensiv: Die betroffenen Bücher werden nun im Foyer ausgestellt. Unter dem Titel »Starke Seiten« gibt es eine zusätzliche Buchpräsentation und Veranstaltungsreihe. (kb)

#### »Lebensschutz« bleibt klein

Berlin • Nur eine Woche vor den Bundestagswahlen blieb der 17. »Marsch für das Leben« am 18. September ein schwungloser Event: Die Zahl der Teilnehmenden schrumpfte weiter auf weniger als 2.500 Personen. Die Veranstalter vom »Bundesverband Lebensrecht« (BVL) hatten das Doppelte erwartet. Alexandra Linder, Vorsitzende des BVL, freute sich bei der Auftaktkundgebung über das kürzlich in Kraft getretene restriktive »Heartbeat«-Gesetz in Texas. Wie schon in den Vorjahren positionierten sich weitere Redner-\*innen aus dem evangelikalen christlichen Spektrums gegen das Recht auf Abtreibung oder gegen ärztlich begleiteten Suizid. Der Vorsitzende der evangelikalen Nachrichtenagentur IDEA, Helmut Matthies, griff dabei die Straffreiheit im geltenden Paragraphen 218 an. Neben dem obligatorischen Auftritt der »Jugend für das Leben« wurde auf der Bühne eine neu gestaltete internationale »Pro-Life-Fahne« präsentiert sowie als skurriler Abschluss ein Poetry Slam aus der Sicht eines Fötus.

Provokativ tauchte ein Teilnehmer des anschließenden Schweigemarsches mit der Parole »Stoppt den Babycaust« auf seinem T-Shirt auf. Im Aufzug waren mehrere bekannte Politiker der Alternative für Deutschland (AfD) zu sehen, deren Bundesvorstand dieses Jahr



erstmals ein demonstratives Grußwort ausgerichtet hatte. Die AfD sei »als Partei allein im Kampf für den Lebensschutz«, hieß es dort unter anderem.

Während des Marsches protestierten viele Hundert Aktivist\*innen am Straßenrand gegen den antifeministischen Auftritt der christlichen Fundamentalist\*innen. (ld/uj)

#### Basis fehlt die Basis

Berlin • Die Wahlen endeten mit einer herben Enttäuschung für die neu gegründete verschwörungsideologische Partei »Die Basis«. Sie konnte das Mobilisierungspotenzial der Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen weder für einen Einzug ins Abgeordnetenhaus (AGH) noch in die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) nutzen. Die klaffende Lücke zwischen Erwartung und Realität versuchten ihre verschwörungsaffinen Anhänger\*innen mit angeblichem Wahlbetrug zu erklären – ein Narrativ, das angesichts gravierender Verluste in allen Bezirken auch AfD Politiker\*innen verbreiteten. Indes verstetigte die NPD ihr klägliches Ergebnis von 0,1%. In Lichtenberg holte der von der AfD zur NPD gewechselte Kay Nerstheimer 128 Stimmen und verlor damit sein Direktmandat.

#### Archiv en détail: Berliner Zustände 2020 erschienen

Ein prägendes Thema der »Berliner Zustände 2020« von apabiz und MBR ist die Corona-Pandemie: Thị Minh Huyền Nguyễn und Victoria Kure-Wu von #ichbinkeinvirus.org sprechen über anti-asiatischen Rassismus. Jörg Reichel (dju) berichtet von Angriffen auf Journalist\*innen bei Versammlungen gegen die Corona-Maßnahmen. Julia Kopp (RIAS Berlin) analysiert die dort geäußerten antisemitischen Ver-



schwörungsmythen. Ergänzend zur Printausgabe erscheint auf schattenbericht.de ein Artikel von Frank Metzger (apabiz) mit Unterstützung von Ulf Balmer (MBR) über die verschwörungsideologischen Straßenproteste. Über steigende Beratungsanfragen an die MBR zu Verschwörungsmythen spricht Anna Müller im Interview. Die Chronik von ReachOut dokumentiert die trotz weiterhin hohe Zahl rassistischer und extrem rechter Angriffe. Bafta Sarbo, Simone Dede Ayivi und Tahir Della von der ISD diskutieren Solidarität und Vereinnahmung während der »Black Lives Matter«-Proteste. Die Initiative Seebrücke und die Berliner VVN/BdA berichten aus ihrer politischen Arbeit in pandemischen Zeiten. Weitere Beiträge fragen nach dem Potenzial eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur extrem rechten Angriffsserie in Neukölln (Ulli Jentsch, apabiz/NSU-Watch und Caro Keller, NSU-Watch), besprechen extrem rechte Vorfälle in der Polizei (Christoph Kopke, HWR) und analysieren die Rolle extrem rechter Frauen (Ulla Wittenzeller und Sarah Klemm, Dissens) sowie den Einfluss der Muslimbruderschaft in Berlin (Kim Robin Stoller, IIBSA).

Die Printausgabe kann per Mail an mail@apabiz.de bestellt werden.



• Harpreet Kaur Cholia & Christin Jänicke: Unentbehrlich – Solidarität mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, edition assemblage, Münster 2021.

Anlass für diesen lesenswerten Sammelband ist das mehr als 20-jährige Bestehen der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt wie beispielsweise die Opferperspektive in Brandenburg. Die Autor\*innen nähern sich dem vielschichtigen Thema Gewalt von rechts mit unterschiedlichsten Zugängen aus dem journalistischen, wissenschaftlichen, künstlerischen oder aktivistischen Bereich. Die thematische und perspektivische Breite des Buches, welches in die Komplexe Gesellschaft und Medien, Justiz und Polizei, Allianzen und Communities, Beratung und Positionierung sowie Aufarbeitung und Gedenken unterteilt ist, macht seine Stärke aus. Dadurch werden oft noch vernachlässigte Themen angesprochen, wie die Perspektive von Betroffenen oder (neue) Formen des Gedenkens an Opfer rechter Gewalt geht. (ps)

• Markus Baum, Julia Maria Breidung, Martin Spetsmann-Kunkel (Hrsg): Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft. Rassismus, Rechtspopulismus und extreme Rechte zum Thema machen. Verlag Barbara Budrich, Opladen 2021.

Die Beiträge des Bandes sind Ausführungen der Vorträge einer gleichnamigen Veranstaltungsreihe an der Katholischen Hochschule NRW, die 2019/2020 stattfand. Dabei sind zwei Artikel besonders hervorzuheben: Susanne Bücken widmet sich der Texte des Prof. Dr. Heinz Theisen und dessen antimuslimischen und rechten Thesen und kritisiert die De-Thematisierung der Hochschule zu diesen rassistischen Veröffentlichungen. Wie eine rassismuskritische und diskriminerungssensible Hochschule gestaltet werden kann, arbeiten Weena Mallmann, Insa Paschert und Annika Wilden in ihrem Beitrag heraus. Der lesenswerte Sammelband trägt mit seinen Artikeln zur weiteren Auseinandersetzung mit (extrem) rechten und rassistischen Positionen in Hochschule und Gesellschaft bei. (pg)

## Merle Dyroff, Marlene Pardeller, Alex Wischnewski: #keinemehr. Femizide in Deutschland, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2020.

Der Begriff »Femizid« bezeichnet die Tötung von Frauen\* aufgrund der ihnen zugeschriebenen Geschlechterrollen. Die Initiative #keinemehr will das Bewusstsein für diese Gewaltform schärfen. In ihrer Broschüre beschreiben die Autor\*innen den engen Zusammenhang zwischen dekolonialem Feminismus und dem Kampf um Anerkennung von Femiziden. Anschließend kritisieren sie die Weigerung der Bundesregierung, misogyn motivierte Morde zu definieren, die damit einhergehende schlechte Datenlage und die verharmlosende Sprache der Medien. Damit liefern sie eine Handreichung für Betroffene, Aktivist\*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort, ohne die internationale und intersektionale Dimension des Problems aus den Augen zu verlieren. (pz)

# Der Kampf gegen rechts ist nicht umsonst. Unterstütze uns #AufDauer mit einem monatlichen Beitrag!





auf-dauer.apabiz.de



#### monitor - rundbrief des apabiz e.V.

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet donnerstag von 15 bis 19 Uhr und nach absprache

v.i.s.d.p.: c. schulze

fotos: alle rechte liegen bei den fotograf\*innen

iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00

bank für sozialwirtschaft

📞 030.6116249 🖂 mail@apabiz.de 🔇 www.apabiz.de

#### Unterstützt das apabiz!

Antifaschistische Arbeit kostet Geld. Wer das apabiz finanziell unterstützen will, spendet uns einen festen monatlichen Betrag (ab 5 Euro). Dafür bekommt ihr unseren Rundbrief *monitor*, unsere Reihe *magazine* und ab und an weitere Broschüren kostenlos zugeschickt. Wenn ihr uns besucht, bekommt ihr einen und könnt euch ein aus unserer Präsenzbibliothek ausleihen.

